

**Beantwortung der kleinen Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.03.2021
zum Thema Photovoltaik im Munitionslager Köppern**



1. Gab es seitens der relevanten Bundesbehörden eine Äußerung zu den vom Bürgermeister im Mai 2019 persönlich unterbreiteten Vorschlägen?
2. Gab es seitens des Gemeindevorstandes den Versuch der Kontaktaufnahme zu diesem Thema mit den relevanten Behörden, um das Thema zu forcieren?
3. Bereits im Jahr 2015 ist eine Initiative des damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Schabedoth in den „Sümpfen“ der Zuständigkeiten versendet. Gibt es zumindest hinsichtlich dieses fundamentalen Punkts mittlerweile Klarheit, d.h. ist bekannt welche Behörde für die Entscheidung zuständig ist?

Zu Frage 1) bis 3):

Anfang Februar 2019 wurde Herrn ParlSts Dr. Peter Tauber die Situation im Mun-Depot Köppern geschildert.

Am 24.05.2019 fand dann ein Ortstermin mit dem ParlSts Dr. Peter Tauber, MdB Markus Koob sowie dem Unterzeichner direkt vor Ort im Mun-Depot Köppern statt. Mit einem ablehnenden Schreiben vom 08.08.2019 von Herrn Dr. Peter Tauber aus dem Bundesministerium der Verteidigung wurde dann geantwortet.

Am 14.11.2019 erfolgte dann ein erneuter Versuch von unserer Seite gestartet, erneut unter Einschaltung von Bundestagsabgeordneten.

Bereits am 03.02.2020 hat der Unterzeichner entsprechenden Sachstand zur Thematik Photovoltaik-Anlagen im Mun-Depot auf die kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Rahmen einer Gemeindevertretersitzung am 07.02.2020 vorgelegt (siehe Anlage). Ebenso wird auf den Artikel aus der Taunus Zeitung vom 11.02.2020 verwiesen.

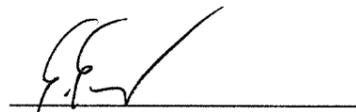
Seitdem gab und gibt es weiterhin Gespräche mit Vertretern des zuständigen Bundesministeriums und zuletzt – wie bereits ebenfalls mitgeteilt – mit Herrn MdB Bernd Siebert, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Dabei ging es erneut um die Prüfung, inwieweit im Gelände des Mun-Depots „Köppern“ (154 ha Fläche alleine auf Wehrheimer Gemarkung) eine oder mehrere größere Photovoltaikanlagen errichtet werden können.

Herr MdB Bernd Siebert war dann am 01.09.2020 zu einem Besuch hier in Wehrheim, um sich im intensiven Austausch ein Bild über die Situation und Prüfung der Möglichkeiten zu verschaffen. Nun wurde aktuell am 26.04.2021 von Herrn MdB Bernd Siebert die Information übermittelt, dass nach mehreren Rücksprachen des MdB Siebert mit den Herren Staatssekretären die Position

des BMVg (Bundesministerium der Verteidigung) unverändert negativ sei. Unsere Idee und der Plan, Photovoltaikanlagen auf dem Gelände des Mun-Lager Köppern zu installieren, um einerseits einen kommunalen Beitrag zum Aufbau regenerativer Energiequellen zu leisten und dies andererseits in einer Form zu realisieren, die keine neuen Flächen verbraucht, ist so durch das BMVg nicht gewollt.

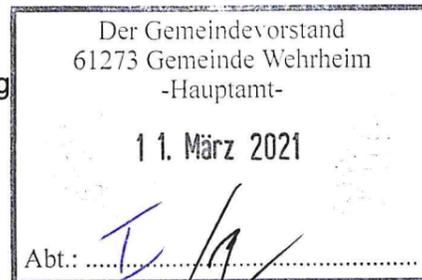
Es bleibt nun abzuwarten, wie und in welcher Form die Nachfolgebesezung im BMVg für die Position des ParlSts erfolgt. Sobald diese Nachfolge geregelt ist, hat der Abgeordnete MdB Bernd Siebert zugesagt, einen weiteren Anlauf zu unternehmen, um die Idee und das Konzept weiterhin positiv zu begleiten.

Wehrheim, den 17.05.2020



Gregor Sommer
Bürgermeister

An den Vorsitzenden
der Gemeindevertretung
Herrn Frank Hammen
Oranienhof
61273 Wehrheim



Eingang 11.03.2021
Vorsitzender der
Gemeindevertretung 

Wehrheim, 07.03.2021

Kleine Anfrage zum Thema Fotovoltaik im Munitionslager Köppern

Sehr geehrter Herr Vorsitzender

Wir bitten um Beantwortung folgender kleiner Anfrage in der kommenden Gemeindevertretersitzung:

Im Rahmen des Wahlkampfs wurden wir vielfach auf die von uns unterstützte Initiative hinsichtlich der Möglichkeit der Errichtung von Fotovoltaik-Anlagen im Munitionslager Köppern angesprochen. Dabei fiel uns auf, dass nach dem Besuch des Staatssekretärs Tauber im Mai 2019 und dem Bericht des Bürgermeisters in der Sitzung vom 07.06.2019 keine weiteren Informationen mehr vorgelegt wurden. Seinerzeit wurde Staatssekretär Tauber im Usinger Anzeiger (UA 03.06.2019) mit einer unterstützenden Haltung zitiert.

Dazu folgende Fragen

1. Gab es seitens der relevanten Bundesbehörden eine Äußerung zu den vom Bürgermeister im Mai 2019 persönlich unterbreiteten Vorschlägen?
2. Gab es seitens des Gemeindevorstands den Versuch der Kontaktaufnahme zu diesem Thema mit den relevanten Behörden, um das Thema zu forcieren?
3. Bereits im Jahr 2015 ist eine Initiative des damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Schadedoth in den „Sümpfen“ der Zuständigkeiten versandet.

Gibt es zumindest hinsichtlich dieses fundamentalen Punkts mittlerweile Klarheit, d.h. ist bekannt welche Behörde für die Entscheidung zuständig ist?



Vielen Dank.

Für die Fraktion der SPD

Patrick Fuß, Gemeindevertreter

**Beantwortung der kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
vom 28.01.2020,
eingegangen bei der Gemeinde Wehrheim am 30.10.2020,
„Kleine Anfrage – Photovoltaik-Anlagen im Munitionsdepot“**



- 1. Welchen Sachstand hat der Bürgermeister bezüglich dieses Themas bei seinem jüngsten Besuch im Januar 2020 in Berlin mitgenommen?**
- 2. Werden auf allen derzeit neu errichteten Gebäuden im Eingangsbereich des Depots Photovoltaikanlagen errichtet?**

Zu 1:

Aktuell steht der Unterzeichner auf politischer Bundesebene in Gesprächen mit dem für den Wahlkreis zuständigen Bundestagsabgeordneten Markus Koob, sowie Herrn Staatssekretär Dr. Peter Tauber im Verteidigungsministerium. Durch das Nachrücken des MdB Bernd Siebert und dessen zuvor jahrelanger Zugehörigkeit im Verteidigungsausschuss wird die Angelegenheit in diesem Jahr noch einmal erneut mit einem neuen Anlauf versehen. Die hier vorliegenden Informationen aus dem Bundesministerium der Verteidigung lassen eine klare Begründung über eine positive Rückmeldung zur Errichtung einer Photovoltaikanlage im Munitionslager Köppern vermissen. In diesem Zusammenhang hat der Unterzeichner erneut einen Anlauf unternommen und konnte Informationen über den Bioenergiepark Saerbeck erhalten. Dort wurde der größte auf Bunkern errichtete Solarpark Europas gebaut mit 24.000 Solarmodulen. Der Unterzeichner wird also weiterhin daran festhalten, dass die Errichtung von einer Photovoltaikanlage bzw. eines Solarparks auch auf dem Gelände des Munitionslagers Köppern möglich ist. Andere Beispiele zeigen, dass zum Beispiel Ablehnungsbegründungen aufgrund von Statikproblemen allein kein Hinderungsgrund sein können.

Sie können versichert sein, dass der Unterzeichner alles daran setzen wird, um Möglichkeiten zu finden, die eine sinnvolle Nutzung der vorhandenen dortigen Flächen ermöglichen.

Zu 2:

Hierzu kann der Unterzeichner keinerlei Informationen geben, da ihm Details über die neuen Gebäude nicht bekannt sind.

Wehrheim, den 03.02.2020



Gregor Sommer
Bürgermeister



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, C/O DIRK SITZMANN,
AM KRAUTGARTEN 10A, 61273 WEHRHEIM

Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Herrn
Frank Hammen
c/o Gemeindeverwaltung
Dorfborngasse

61273 Wehrheim

Der Vorsitzende der
Gemeindevertretung
61273 Gemeinde Wehrheim

30. Jan. 2020

Fraktion Wehrheim

Dirk Sitzmann
Gemeindevertreter

Der Gemeindevorstand
61273 Gemeinde Wehrheim
-Hauptamt-

30. Jan. 2020

Abt.: I / PE

Wehrheim, 28.1.2020

Photovoltaik-Anlagen im Munitionsdepot

Sehr geehrter Herr Hammen,

bitte legen Sie dem Gemeindevorstand folgende **kleine Anfrage** zur Beantwortung in der nächsten Gemeindevertreterversammlung vor.

Ende Mai 2019 besuchte Staatssekretär Dr. Peter Tauber das Munitionsdepot in Wehrheim/Friedrichsdorf. In diesem Zusammenhang erklärte Bürgermeister Sommer laut Usinger Anzeiger wörtlich: "Das Munitionsdepot Köppern ist mit dessen 254 Hektar das zweitgrößte Munitionslager der Bundeswehr und böte die geeignete Fläche für Photovoltaik-Anlagen zur Energieversorgung Wehrheims, ohne die Landschaft des Taunus durch noch mehr Windräder zu verändern". Der Staatssekretär wollte sich – so Bürgermeister Sommer – um die Sache kümmern.

Hierzu stelle ich folgende Fragen:

- 1) Welchen Sachstand hat der Bürgermeister bezüglich dieses Themas bei seinem jüngsten Besuch im Januar 2020 in Berlin mitgenommen?
- 2) Werden auf allen derzeit neu errichteten Gebäuden im Eingangsbereich des Depots Photovoltaikanlagen errichtet?

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Sitzmann

Sommer setzt weiter auf Sonnenkraft

WEHRHEIM Trotz Rückschlägen kämpft Bürgermeister für Photovoltaik im Munitionslager

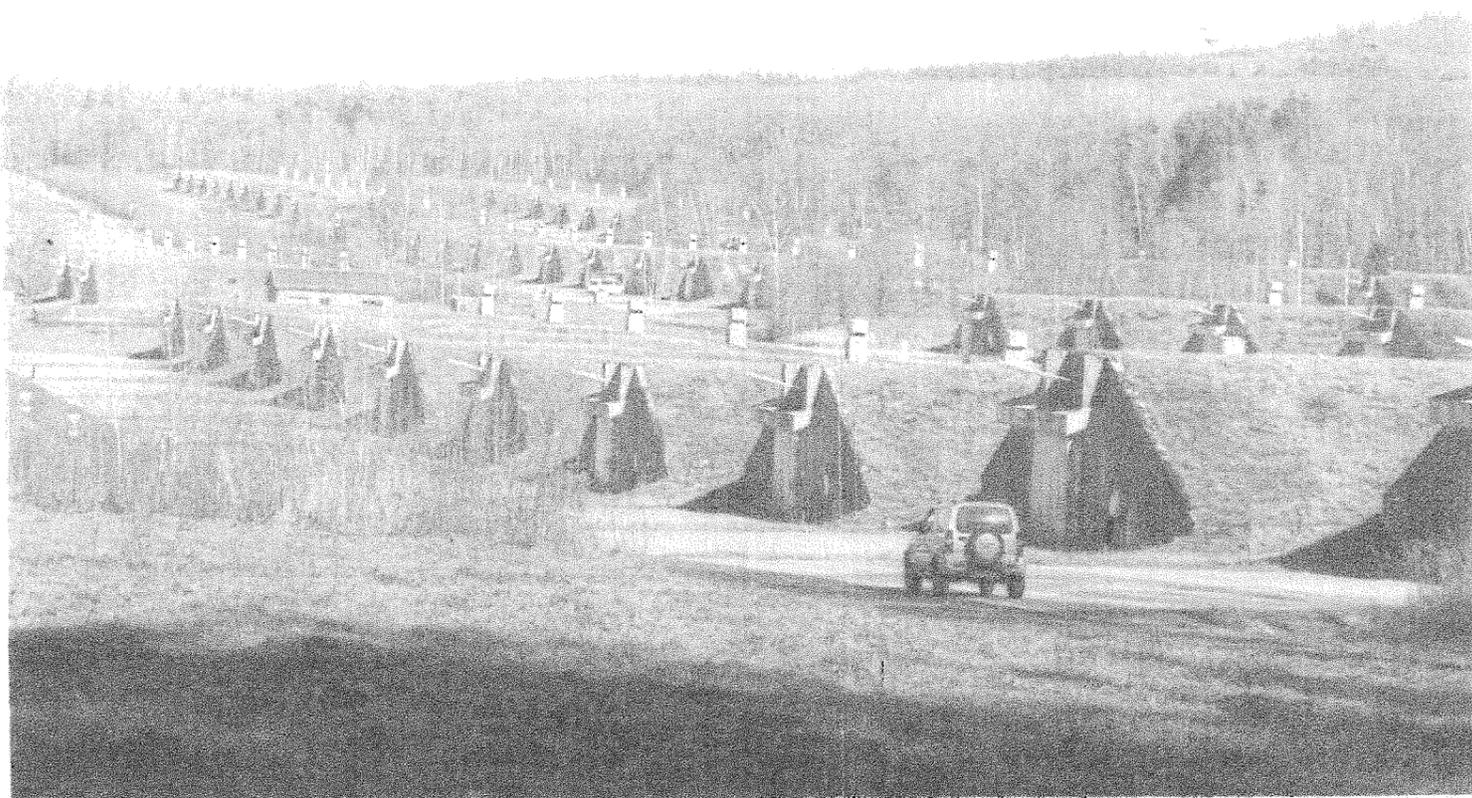
Schon seit über einem Jahr macht Bürgermeister Gregor Sommer (CDU) mobil. Denn in Bewegung bringen will er die Bundeswehr, um im Munitionsdepot Köppern, das zum weitaus größten Teil auf Wehrheimer Gemarkung steht, Photovoltaik-Anlagen errichten zu lassen. Die bisherigen Signale sind nicht als positiv zu werten. Doch Sommer will nicht locker lassen und sucht weiterhin Verstärkung für die Idee.

In der jüngsten Gemeindevertreterversammlung am Freitag war es Dirk Sitzmann (Grüne), der den Stein erneut ins Rollen brachte. Per Anfrage erkundigt er sich während der Sitzung über den Sachstand. Und er rennt damit bei Sommer offene Türen ein.

Bereits im vergangenen Mai war Sommer gemeinsam mit dem heimischen Bundestagsabgeordneten Markus Koob und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium Peter Tauber (alle CDU) zu Besuch im Munitionslager. „Das Munitionsdepot Köppern ist mit 254 Hektar das zweitgrößte Munitionslager der Bundeswehr und böte meines Erachtens die geeignete Fläche für Photovoltaik-Anlagen zur Energieversorgung Wehrheims, ohne die reizvolle Landschaft des Taunus durch noch mehr Windräder zu verändern“, äußerte Sommer damals.

Eventueller Mitstreiter rückt nach

Koob signalisierte damals seine Unterstützung für dieses Vorhaben. Doch seitdem ist wenig passiert. Außer, dass die Bundeswehr geäußert habe, sie stehe dieser



Viel Platz für saubere Energie: Bürgermeister Gregor Sommer kämpft weiter für Photovoltaik im Munitionslager.

ARCHIVFOTO: THOMAS KOPP

Idee nicht positiv gegenüber. Eine klare Begründung dafür habe sie nicht geliefert, schildert Sommer dem Parlament. Es habe allerdings einen Hinweis auf die Statistik der Gebäude gegeben. Was für Kopfschütteln im Parlament sorgt, sollen die Bunkeranlagen doch sogar einem Flugzeugabsturz standhalten können.

Sommer will aber nicht aufgeben. Er sei froh, dass mit Bernd Siebert ein weiterer möglicher Fürsprecher in den Bundestag nachgerückt sei, sagt der Verwal-

tungschef. Der CDU-Politiker aus dem Schwalm-Eder-Kreis rückt für den Wetterauer Politiker Oswin Veith (CDU) nach, der seit 1. Januar im Vorstand des Energie-

versorgers Ovag sitzt. Denn Siebert hat einige Erfahrungen mit der Bundeswehr. Er war jahrelang Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Frakti-

on und Obmann der Fraktion im Verteidigungsausschuss.

Wie Sommer ausführt, sei es sehr wohl möglich, Anlagen zur Energiegewinnung in Bundes-

wehr-Einrichtungen zu bauen. Dies sei auch schon geschehen.

Nur eigene Anlagen

Doch im vergangenen Februar hatte diese Zeitung bereits über eine Stellungnahme der Bundeswehr berichtet.

Zwar seien in vier Liegenschaften der Bundeswehr Pilotprojekte zur Überlassung von Flächen an Dritte zur Errichtung von Photovoltaikanlagen gestartet worden. Doch erklärte Annette Spengler vom Presse- und Informationszentrum des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr damals auch: „Eine Überprüfung hat ergeben, dass aus Wirtschaftlichkeits- und verfahrenstechnischen Gründen eine Überlassung weiterer Flächen zu diesem Zweck zukünftig nicht vorgesehen ist.“

Und weiter: „Im Ergebnis sind nach aktuellem Sachstand lediglich bundeswehreigene Photovoltaikanlagen auf Liegenschaften oder Teilflächen der Bundeswehr zulässig.“

Sommer will dranbleiben. „Ich lasse mir solche Aussagen nicht gefallen.“ Mit Mittelsmann Siebert wolle er deswegen einen neuen Anlauf nehmen.

Energetische Rundumerneuerung für Bürgerhaus wird einer Prüfung unterzogen

Erweitert wurde ein von der CDU gestellter Prüfungsauftrag, der sich mit der Lüftungsanlage im Bürgerhaus beschäftigt. So hatte Norbert Hartmann (CDU) dafür plädiert, eine kostengünstige Lösung zu suchen, um das Bürgerhaus

besser mit Frischluft versorgen zu können. Mark Sen-Gupta (Grüne) hielt es aber für sinnvoller, dann auch gleich Dach und Dämmung einer Prüfung zu unterziehen und dabei auch die Möglichkeit einer Photovoltaik-Anlage auf dem

Dach zu erörtern, um somit Kohlendioxid einzusparen. Auch wenn die SPD vor möglicherweise unvorhersehbaren Kosten warnte, trug die Gemeindevertreter-Versammlung den erweiterten Prüfantrag einstimmig mit.

W
st
Sa
Si
ge
m
de
in
se
gt
Si
le
A
d
a
le
st
je
v
s
v
h
s
z
b
F
1
A
F
t
s

kop

kop